

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Walsken. – Für die Grünen hat sich noch einmal Herr Kollege Groth gemeldet.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, Sie wollen sich heute hier als derjenige gerieren, der die Schulden bremsen will und guten Mutes ist, das jedenfalls irgendwann hinbekommen zu können. Das ist das Ziel dieser Veranstaltung.

Gleichzeitig sage ich Ihnen: 2020 ist noch lange weg. Das ist eine ganze Generation. Meine Zwillinge, die gerade frisch geboren worden sind, sind dann so weit, dass sie vielleicht in ihren Lebensverhältnissen eingeschränkt werden.

Ich bin Ihnen aber sehr dankbar dafür, dass Sie Essentials aus unserem Antrag vorgelesen haben. Hier sollte nämlich nicht der Eindruck entstehen, als wären wir für hemmungslose Verschuldung. Nein, wir haben Vorschläge gemacht, wie man das regeln kann.

Wir haben diskutiert, uns qualitativ zusammengerauft und gesagt, wie man das machen kann. Dazu gehört eben auch, dass die Länder eine größere Flexibilität in ihren Einnahmen bekommen. Ohne das geht es nicht. Dazu gehört auch, dass man die Kommunen einbezieht. Dazu gehört darüber hinaus, dass man das ernst meint und nicht auf 2020 verschiebt.

Sie sprechen immer so schön davon, die Nettoneuverschuldung gesenkt zu haben. Herr Finanzminister, dabei verschweigen Sie dem hochverehrten Publikum, dass Sie die Nettoneuverschuldung nicht so gesenkt haben, wie Sie sie durch die Mehreinnahmen, die Sie gehabt haben, hätten senken können. Sie haben die Nettoneuverschuldung eben nicht in dem Ausmaß gesenkt.

(Minister Dr. Helmut Linssen: 92 %!)

– Das RWI attestiert Ihnen gerade einmal einen Wert unter 50 %. Sie haben noch nicht einmal die Hälfte dazu verwendet, weniger neue Schulden aufzunehmen. Mehr als 50 % der Mehreinnahmen haben Sie dazu verwandt, mehr Ausgaben zu machen. Wenn so jemand hier von sich sagt, er sei ein solider Haushälter, und für 2020 eine Regelung haben will, mit der er auch noch Land und Kommunen fesselt, sodass sie bewegungsunfähig werden, nehmen wir Grünen das nicht mehr ernst.

Wir haben eigene, qualitativ hervorragende Vorschläge dazu gemacht und können sie gerne wieder auf den Tisch legen. Sie hatten gerade den Antrag auf dem Tisch. Darüber diskutieren wir mit Ihnen sehr gerne im Haushalts- und Finanzausschuss. Das ist sehr ernst gemeint.

Nehmen Sie aber auch das ernst, was der Kollege Becker gesagt hat: Wir entscheiden hier über eine andere Generation. Wenn wir heute entscheiden, entscheiden wir nicht über das, was mit uns passiert. Das könnten Sie sofort machen. Sie könnten sofort solider finanzieren und solider wirtschaften, als Sie es heute tun. Vielmehr binden wir kommende Generationen. Das heißt: Das, was wir angesichts der Wirtschaftskrise machen müssen, wollen wir den kommenden Generationen verbieten. Ich weiß nicht, ob das generationengerecht ist. Es ist vielmehr generationenungerecht.

Lassen Sie uns darüber im Ausschuss noch einmal vernünftig diskutieren, meine Damen und Herren, statt die Grünen in eine Ecke zu stellen. Wir jedenfalls wollen ein vernünftiges, wirtschaftliches System auch in der Frage der Schuldenbegrenzung. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Groth. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/9259** einschließlich des **Entschließungsantrages** des Abgeordneten Sagel **Drucksache 14/9301** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, an den **Hauptausschuss** sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt:

4 Erzieherinnen und Erzieher verdienen mehr Gehalt

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9262

Ich eröffne die Beratung und gebe Frau Asch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen! In den letzten Tagen und Wochen macht eine Berufsgruppe auf sich aufmerksam, die sonst eher selten in die Öffentlichkeit tritt, weil sie ansonsten aufopferungsvoll und klaglos ihren schweren und anspruchsvollen Job macht. Das ist die Berufsgruppe der Erzieherinnen.

Es ist sicher kein Zufall, dass diese Gruppe zu 96 % aus Frauen besteht; denn Frauen machen in unserer Gesellschaft ohnehin die wichtigsten Jobs:

(Beifall von den GRÜNEN)

als Mütter, Erzieherinnen, Grundschullehrerinnen und Altenpflegerinnen. Dafür fehlen sie dann in den Vorstandsetagen und Aufsichtsräten und bekommen nicht annähernd die gleiche Wertschätzung, geschweige denn eine angemessene Bezahlung.

In diesen Tagen machen die Erzieherinnen nun deutlich auf ihre Situation aufmerksam. Besonders gefallen hat mir ein Transparent, auf dem steht: Wir sind zwar sozial, aber nicht blöd.

Wir hören von den Erzieherinnen und müssen feststellen, dass die gesundheitlichen Belastungen enorm sind. Die Nerven und Ohren leiden unter Lärm, der oft den eines startenden Flugzeugs übersteigt. Die Rücken leiden unter dem ständigen Heben und Tragen von Kindern, dem häufigen Bücken und dem zusammengefalteten Sitzen auf kleinen Kinderstühlchen.

(Minister Armin Laschet: Das ist alles die Schuld von KiBiz!)

Dazu kommen ständig wachsende Aufgaben und Anforderungen, die von der Gesellschaft an die Kindertagesstätten gerichtet werden. Die Kindergärten müssen heute nämlich alles ins Lot bringen. Mangelnde Erziehungskompetenz der Eltern, Kinderarmut, gescheiterte Integration, Kindesvernachlässigung, Bildungsarmut – für all das soll eine qualitativ hochwertige Elementarbildung erhalten. Sie muss es richten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die wenigsten denken aber darüber nach, dass natürlich auch die entsprechenden Rahmenbedingungen hergestellt werden müssen, um all diese Aufgaben für unsere Gesellschaft leisten zu können.

Viele Erzieherinnen und Erzieher haben heute das Gefühl, dass sie zwar die Probleme der Gesellschaft im Alleingang lösen sollen – aber für einen Appel und ein Ei; denn mehr erhalten die pädagogischen Fachkräfte nach immerhin vier Jahren Ausbildung nicht. 1.370 € netto im Monat beträgt das Anfangsgehalt. Dieses Geld gibt es auch nur für eine Vollzeitstelle. Die Teilzeitquote bei den Erzieherinnen beträgt aber 60 %. Im Umkehrschluss bedeutet das, dass 40 % der Erzieherinnen noch weniger Geld im Portemonnaie haben als diese 1.370 €

Meine Damen und Herren, das sind prekäre Arbeitsverhältnisse – und das in einem Bereich, in dem die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Kinder betroffen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Asch, es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Priggen. Lassen Sie sie zu?

Andrea Asch (GRÜNE): Gerne, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Kollegin Asch, sind Sie bereit, zur Kenntnis nehmen, dass von der FDP-Fraktion bei diesem Thema niemand im Saal ist und dass die Probleme der Erzieherinnen diese Kollegen offensichtlich nicht interessieren?

(Beifall von den GRÜNEN)

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Priggen, es ist sehr deutlich, dass das Schicksal und die Arbeitssituation von Erzieherinnen die Freien Demokraten offensichtlich nicht weiter interessieren. Angesichts der sonstigen Haltung dieser Fraktion verwundert es mich allerdings auch nicht, dass sie offenbar nicht bereit ist, hier an den Beratungen in adäquater Weise teilzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in Nordrhein-Westfalen kommt zu dieser Belastung der Erzieherinnen und Erzieher noch erschwerend hinzu – das prangern alle Demonstrantinnen in Dortmund, in Köln und in Düsseldorf massiv an –, dass sich mit dem KiBiz die Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten verschlechtert haben. Deswegen sind die Proteste in Nordrhein-Westfalen – jeden Tag sehen wir sie ja im Fernsehen und lesen in den Zeitungen darüber – auch eine Abrechnung mit dem neuen sogenannten Kinderbildungsgesetz;

(Minister Armin Laschet: Deswegen streiken die Erzieherinnen in Sachsen, Niedersachsen usw.!)

denn in Nordrhein-Westfalen kommen zu all dem Stress noch kübelweise Belastungen hinzu.

Was die Beschäftigten nach ihren eigenen Aussagen tagtäglich erleben, wird in einer Studie des Sozialpädagogischen Instituts NRW bestätigt. Ihr ist zu entnehmen, dass sich durch das KiBiz die Arbeitsverhältnisse für Erzieherinnen deutlich verschlechtert haben. Die meisten haben größere Belastungen am Arbeitsplatz. Auf der anderen Seite ist der Arbeitsplatz unsicherer geworden, und der Krankenstand liegt mittlerweile deutlich höher. Auch die pädagogische Qualität geht den Bach herunter, weil weniger Zeit für die Kinder da ist.

Meine Damen und Herren, das hat seine Ursachen; denn das wesentliche Element dieses Kinderbildungsgesetzes sind die sogenannten Kindpauschalen. Sie sind die Grundlage und strukturieren die Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten. Diese Kindpauschalen sind aber auf Grundlage der Personalkosten für das Jahr 2005 ermittelt worden.

Damit sind diese Pauschalen schon bei Inkrafttreten des Gesetzes im letzten Jahr nicht auskömmlich gewesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Gesetz ist nun vorgesehen, dass sie jedes Jahr um 1,5 % steigen. Die Tarifierhöhungen der letzten beiden Tarifrunden haben aber bereits 3,1 % und dann weitere 2,8 % betragen. Dabei sind die zusätzlichen Einmalzahlungen noch gar nicht eingerechnet. Ich frage den zuständigen Minister Herrn Laschet: Wie soll das denn auf die Dauer funktionieren? Das kann doch nur dazu führen, dass wir auf die Dauer noch weniger Personal statt mehr Personal haben, dass es in den Kindertagesstätten noch mehr 400-€-Kräfte geben wird und dass wir in diesem wichtigen Bereich noch mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse bekommen.

Eines ist vollkommen klar: Das Kinderbildungsgesetz bietet in seiner derzeitigen Fassung keine Grundlage für eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher.

Herr Minister Laschet, in der letzten Woche haben Sie den Erzieherinnen – Sie haben viel Publikum gehabt – gesagt, Sie unterstützen die Forderung nach einer besseren Bezahlung für Erzieherinnen. Das unterstützen wir auch. Aber wer den Mund spitzt, Herr Minister, der muss auch pfeifen. Denn alles andere ist wohlfeiler Populismus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie es nämlich wirklich ernst meinen würden mit den Forderungen nach besserer Bezahlung, dann würden Sie den Trägern die notwendigen Mittel dafür bereitstellen. Wenn Sie es ernst meinen, dann bessern Sie bitte deutlich bei den Kindpauschalen nach!

Den Erzieherinnen und Erziehern, aber auch den Beschäftigten in den allgemeinen sozialen Diensten – die sind auch betroffen – wünsche ich von hier aus von ganzem Herzen viel Erfolg bei ihren Forderungen. Sie haben die Solidarität der Grünen-Landtagsfraktion. Sie haben auch die breite Solidarität in der Bevölkerung. Ich hoffe, dass sie auch die Unterstützung aller Fraktionen hier im Hause erhalten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Asch. – Für die CDU spricht der Kollege Jarzombek.

Thomas Jarzombek (CDU): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ohne Zweifel so, dass der Erzieherberuf heute sehr viel anspruchsvoller ist, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das ist nichts Neues, was ich Ihnen hier erzähle. Das ist eine Aussage, die mit Sicherheit auch auf

viele andere Berufsbilder zutrifft, denn die Gesellschaft hat sich entwickelt. In der Wissensgesellschaft sind alle mehr gefordert. Das macht auch vor unseren Kindertagesstätten nicht halt.

Insofern greife ich das auf, was Frau Asch gesagt hat. Natürlich gilt unsere Sympathie an dieser Stelle den Erzieherinnen und Erziehern. Ich kann mir schon vorstellen, dass das auch sehr anstrengende Arbeitsbedingungen sind. Wenn man diese verbessern kann, dann halte ich das in jedem Fall für wünschenswert.

Was ich allerdings für weniger wünschenswert halte, ist diese ewige Debatte, Frau Asch, die Sie über die Frage aufmachen, ob die Kindpauschalen auskömmlich sind oder nicht. Sie schrecken ja nicht einmal davor zurück und sind sich nicht zu schade, dafür die aktuelle Streiksituation der Erzieherinnen und Erzieher zu instrumentalisieren. Denn nichts anderes ist das, was Sie hier tun. Sie nutzen die Situation, dass es bundesweite Streiks gibt, dass es ein Interesse von Erzieherinnen und Erziehern an besseren Arbeitsbedingungen gibt. Sie nutzen das eiskalt und gnadenlos. Sie reden mit keinem Wort ernsthaft darüber, sondern packen wieder die gleiche Schallplatte aus, die Sie uns seit einem Jahr hier abspielen.

Ich persönlich finde das eigentlich ganz unterhaltsam. Denn so haben Sie mich heute hier als Redner bekommen. Denn sämtliche Kollegen bei uns im Arbeitskreis haben mittlerweile gesagt, sie wollten das nicht schon wieder wiederholen.

Ganz offensichtlich ist es so, dass Sie auch ein Stück weit enttäuscht sind. Sie sind enttäuscht darüber, dass sich Ihre harte Kritik am KiBiz, die Sie hier äußern, allenfalls in dem einen oder anderen Dossier wiederfindet, allerdings nicht in den Köpfen der Menschen in diesem Land und auch nicht in den Zeitungen dieses Landes.

Wir müssen doch einfach einmal schauen, von welcher Situation aus wir eigentlich hier gekommen sind. Sie haben sich in der Jugendpolitik in der letzten Legislaturperiode schlicht und ergreifend verweigert. Sie haben uns eine Betreuungsquote für unter Dreijährige von 2,8 % überlassen. Das lag einfach daran, dass es Fragestellungen gab, denen Sie – die Grünen genauso wie Sie von der SPD – sich nicht stellen wollten. Denn mit den Modellen, die Sie gebaut hatten, war eine auskömmliche Betreuung für unter Dreijährige in diesem Land völlig unmöglich.

Das ist nicht das einzige Problem gewesen. Das andere Problem war, dass die Träger immer mehr wirtschaftliche Schwierigkeiten bekommen haben und in der Notwendigkeit standen, von uns besser gefördert zu werden.

Wenn wir über diese Pauschalen reden, dann muss man sagen: Das ist mit den Trägern vereinbart worden. Wir haben in diesem Jahr mittlerweile einen

Anteil von 35 % an Landesmitteln. So viel hat es vorher noch nie an Landesanteil in diesem Bereich gegeben.

Wir machen eine Erhöhung um 1,5 %. Frau Asch, Sie reflektieren auf die letzten beiden Tarifrunden. Es wird aber auch in Zukunft andere geben. Auch wenn die Tarifrunden niedriger ausfallen, werden wir bei den 1,5 % sein.

Jetzt kommt noch einmal die wichtigste Nachricht. Sie wissen das, aber Sie wollen es immer wieder aufs Neue hören: Wir haben die Ausgaben für Kinder im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen um 40 % erhöht. Um 40 % jedes Jahr!

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind von 819 Millionen € auf 1.150 Millionen € gestiegen. Da können Sie doch nicht allen Ernstes behaupten, das System sei unterfinanziert. Es ist auf keinen Fall seriös, wenn Sie hier in dieser Art und Weise vorgehen. Insofern glaube ich auch nicht, dass Ihr Versuch hier heute große Öffentlichkeit erregen wird, weil die Leute nicht immer die gleiche Platte aufs Neue hören wollen.

Wir müssen sehen, was jetzt bei den Tarifverhandlungen herauskommt. Wir sind nicht der Tarifpartner an dieser Stelle. Insofern können wir das sozusagen nur als Dritte beobachten.

Wir können nur eines tun. Wir können versuchen, die Bedingungen zu verbessern. Ich glaube, das können wir mittlerweile sehr eindrucksvoll belegen. Denn – ich wiederhole die Zahl – zu Ihren Zeiten hatten 2,8 % aller Kinder eine Chance auf einen Betreuungsplatz, wenn sie unter drei Jahre alt waren. Das war eine höchst elitäre Politik. Das waren 2,8 von 100 Kindern. Die restlichen 97 Kinder haben dumm zugucken können und waren benachteiligt – nach welchen Kriterien auch immer das damals alles entschieden wurde.

Wir haben es auf dieser desaströsen Grundlage geschafft, innerhalb von nur wenigen Jahren, nämlich innerhalb von vier Jahren, dahin zu kommen, dass in diesem Jahr sämtliche Bedarfsanmeldungen und Anträge gedeckt wurden, ja, dass wir sogar im nächsten Jahr schon den Rechtsanspruch für die Zweijährigen haben. Ich persönlich finde das sensationell, wie man das aus dieser misslichen Situation heraus hinkriegen konnte.

Insofern kann man den Minister für die Art und Weise, wie er sich auch beim KiBiz nicht hat beirren lassen und seinen Weg des Erfolgs durchgezogen hat, nur beglückwünschen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden langfristig sicherlich über die Frage reden müssen, wie es denn in dem gesamten Programm weitergeht. Ich glaube, da hat der Minister ja auch Recht, wenn er sagt: Mittelfristig, langfristig muss man gucken, ob man nicht in die Qualifikation

von Erziehern weiter investieren kann und auch in das Entgelt, das sie erhalten.

Frau Asch, wir waren ja gemeinsam mit dem Ausschuss in Frankreich und haben uns dort die Situation angeguckt, was ich persönlich sehr interessant fand, denn dort gab es Kindertagesstätten zu sehen, die mit ihren Räumlichkeiten in Deutschland für helles Entsetzen gesorgt hätten. In Deutschland wäre gesagt worden: In solchen Umständen kann man doch keine kleinen Kinder unterbringen. Aber auf der anderen Seite gibt es die Anforderung an alle, die dort tätig sind, zumindest einen Fachhochschulabschluss zu erwerben, was dann zu einem deutlich höheren Entgelt führt. Darüber wird man in der Zukunft reden müssen.

Aber wir haben natürlich jetzt alle die Aufgaben aus dem KiBiz, die Sie über viele Jahre hinweg haben schleifen lassen, lösen müssen.

(Beifall von der CDU)

Insofern finde ich es absolut nachvollziehbar, wenn man sich auch Ziele für die Zukunft vornimmt. Heute sind wir hervorragend aufgestellt. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jarzombek. – Für die SPD spricht nun der Kollege Jörg.

Wolfgang Jörg (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Jarzombek, für mich haben Sie zu diesem Thema stellenweise derart abgehoben vorgetragen, dass ich glaube, Sie haben den Blickkontakt zum Boden schon verloren. Ich empfehle Ihnen, einmal mit Ihrem Kollegen Bernhard Tenhumberg zu reden. Er hat ein Praktikum in einem Kindergarten gemacht und kam zu dem Schluss: Es fehlt an allen Ecken und Kanten, vor allem beim Personal. Reden Sie mit ihm, oder machen Sie selbst einmal ein Praktikum!

(Zuruf von Minister Armin Laschet)

– Natürlich hat das etwas mit KiBiz zu tun, Herr Minister. Ich komme gleich noch darauf. – Ich habe in den letzten zwei Jahren unzählige Kitas im ganzen Land besucht. Sicherlich war von jedem Träger eine dabei. Ich kann Ihnen sagen, alle Kitas haben eines gemeinsam, und zwar das Engagement der Erzieherinnen und Erzieher. Dieses Engagement wird schlicht und einfach – das ist die Hauptmotivation – von der Liebe zu den Kindern getragen. Das ist in fast allen Einrichtungen immer wieder das Gleiche.

Diese Liebe zu den Kindern wird von dieser Landesregierung und durch das KiBiz ausgenutzt. Gäbe es die Erzieherinnen und Erzieher mit dieser Motivationslage nicht, wäre das System der Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen schon zusam-

mengebrochen; denn die Bedingungen haben sich unter dem KiBiz deutlich verschlechtert.

Ich erinnere: Früher gab es eine Gruppe mit 15 Kindern. Zwei Fachkräfte, eine Ergänzungskraft und eine Jahrespraktikantin waren mit dabei,

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Die habe ich nie gesehen!)

und natürlich gab es vernünftige Vertretungsregelungen. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, heute sind es 20 Kinder. Es gibt zwei Fachkräfte, 15 Fachstunden, und es ist noch nicht einmal eine Vertretung geregelt. Das ist die Situation. Allein von den Zahlen her ist das eine unendlich große Mehrbelastung, ganz unabhängig von den bürokratischen Aufwendungen, die hinzugekommen sind.

Sie haben es von der Kollegin Asch schon gehört: Die Erzieherinnen und Erzieher arbeiten unter einer extremen Belastung: der Geräuschpegel und die immer komplizierter werdenden Problemlagen in den Familien. Die Probleme werden zum Teil vor den Türen der Kitas, vor den Füßen der Erzieherinnen und Erzieher abgeladen. Deshalb kann man sagen ...

(Zuruf von Minister Armin Laschet)

– Herr Minister, ich widerspreche Ihnen nicht. Natürlich gibt es mehr Personal. Dem widerspricht kein Mensch. Leider haben sich die Belastungen derart erhöht und leider haben die Aufgaben derart zugenommen, dass sich das Mehr an Personal in keiner Weise in Form von Entlastungen auswirkt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ausgerechnet in dieser Situation – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – fordert der Minister selbst mehr Lohn und Gehalt für Erzieherinnen und Erzieher. Herr Minister, ich kann nur mit Erich Kästner antworten: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. – Dann machen Sie es!

(Beifall von der SPD)

Erhöhen Sie die Pauschalen, und geben Sie den Trägern die Möglichkeit, in den Verhandlungen mit den Tarifpartnern höhere Bedarfe zu decken. Aber nein, das tun Sie eben nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das für meine Kommune ausrechnen lassen. Die Wahrheit über die Verteilung der Lasten im KiBiz sieht so aus: Die Kommunen zahlen zwei Drittel. Das ist die Zahl. Zwei Drittel zahlen die Kommunen, und ein Drittel gibt es vom Land beziehungsweise vom Bund.

(Zuruf von der CDU: Dazu sind Sie gesetzlich verpflichtet!)

Jede Steigerung bedeutet, es wird den Kommunen mehr Verantwortung zugemutet. Herr Minister, darum geht es Ihnen im Kern. Sie wollen Verantwortung abwälzen. Im GTK hat man sich noch dazu bekannt, dass das Land eine gehörige Verantwor-

tung in der Erziehung der Kinder und der Ausstattung der Kitas hat. Das wälzen Sie ab. Sie kommunalisieren. Sie wollen diese Verantwortung nicht mehr haben.

Das führt zu Ungleichheit, und diese Ungleichheit, Herr Minister, ist systemimmanent. Diese Ungleichheit wollten Sie mit dem KiBiz erreichen, und die gibt es leider auch bei den Erzieherinnen und Erziehern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei wollen wir doch das Beste aus unseren Kindern herausholen. Wir wollen ihre Begabungen wecken. Wir wollen versuchen, ihre naturwissenschaftlichen Begabungen zu wecken. Wir wollen versuchen, Herr Minister, ihre sozialen und ihre sportlichen Begabungen zu wecken. Das geht nur mit einer optimalen Ausstattung. Aber es ist möglich.

In Anbetracht dieser Landesregierung beende ich meine Rede mit einem Zitat von Wolfgang Neuss. Wolfgang Neuss hat gesagt: „Stell’ Dir vor es geht und keiner kriegt’s hin“. – Ich glaube, das beschreibt die Situation dieser Landesregierung am besten. Stellen Sie sich vor, es geht – man könnte die Kinder bestens fördern –, aber von denen, die hier rechts und links sitzen, kriegt es keiner hin. Das ist die momentane Situation.

Unsere Solidarität gilt den Erzieherinnen und Erziehern. Von hier aus ein großes Dankeschön. Sie machen einen Superjob. Halten Sie etwas durch! Ich hoffe, 2010, wenn diese Regierung weg ist, werden sich die Rahmenbedingungen für Sie wieder deutlich verbessern.

(Lachen von der CDU)

Dazu stehen wir auf jeden Fall. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch albern! Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jörg. – Für die FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe zuletzt vor einigen Jahren ein Praktikum in einer Kindertageseinrichtung absolviert, damals auf Vermittlung des auch hier bekannten Gerhard Stranz. Ich habe damals für mich mitgenommen, dass der Beruf der Erzieherin, des Erziehers ein echter Knochenjob ist, der angesichts der Bedeutung, die er hat, viel zu wenig gesellschaftliche Anerkennung für das ganz persönliche Engagement und für die damit verbundene Liebe zu den Kindern erfährt.

Deshalb begrüßen wir es und halten es auch für richtig, dass wir eine Diskussion über den Erzieher-

beruf, über seinen gesellschaftlichen Stellenwert und über die Perspektiven einer Aufwertung führen. Dazu ist heute Gelegenheit. Aber ich bitte auch, genau in den Blick zu nehmen, wie sich das Berufsbild und die individuelle Lebenssituation der Erzieherinnen und Erzieher heute darstellen.

Lieber Wolfgang Jörg, wenn du hier Wolfgang Neuss zitierst und sagst, wir hätten die Situation nicht in der Weise zu verbessern vermocht, wie wir uns das alle wünschen, dann muss ich dich fragen: Wer hat eigentlich die Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen in den Zustand gebracht, in der sie sich heute in Nordrhein-Westfalen befindet?

(Beifall von der FDP – Wolfgang Jörg [SPD]:
KiBiz! – Zurufe von den GRÜNEN)

– Das war nicht das KiBiz, lieber Wolfgang Jörg. Die größten Einschnitte in den Personalstandard der Kindertageseinrichtungen hat es 1998/99 gegeben.

(Beifall von FDP und CDU)

Da ist die zweite Kraft in den Gruppen von der Fachkraft zur Ergänzungskraft geworden. Rot-Grün hat es damals ermöglicht, dass in 50 % der Gruppen

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– hören Sie sich das an, Frau Asch! – die Ergänzungskraft durch Berufspraktikanten ersetzt werden konnte, übrigens auf Druck der katholischen Kirche. Das ist Ihr Vermächtnis!

(Beifall von der FDP – Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE] – Wolfgang Jörg [SPD]: Heute gibt es keine Berufspraktikanten mehr!)

Das ist heute das wohlfeile Geschwätz der Opposition. Ihr habt aber, als ihr konkret in der Verantwortung wart, dafür gesorgt, dass es zu diesen Überlastungssituationen gekommen ist. Das ist die Realität; die kann man doch nicht leugnen.

(Beifall von der FDP)

Wohlfeiles Geschwätz ist das: Solidarität der Grünen!

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sie haben mich doch gar nicht gehört, und jetzt regen Sie sich plötzlich künstlich auf!)

Ihre Verantwortung wäre es gewesen, so etwas zu verhindern. Sie haben aber 98/99 die Hand für diese Veränderungen gehoben.

Wenn wir uns die individuelle Lage der Erzieherinnen und Erzieher im Einzelnen ansehen, dann stellen wir fest, dass sehr geringe Tarifeinkommen individuell noch niedriger sind, weil viele der Erzieherinnen und Erzieher in Teilzeit arbeiten müssen. Jetzt kommt wieder der Zuruf, das sei wegen KiBiz; ich erwarte diesen geradezu. Dabei wissen wir nach der Studie des SPI, die von der Opposition hier schon mehrfach zum Thema gemacht worden ist,

dass die Zahl der in Teilzeit Beschäftigten durch das KiBiz eben nicht gestiegen ist. Sie ist gleich geblieben. Frau Asch, Sie zitieren die Studie doch auch bei jeder Gelegenheit – und jetzt tun Sie so empört und überrascht –, allerdings nur die Punkte, die Ihnen passen; die wesentlichen Aussagen lassen Sie unter den Tisch fallen.

Die Wahrheit ist: Die Zahl der in Teilzeit Beschäftigten ist nicht gestiegen. Insofern gibt es auch nicht mehr prekäre Beschäftigungsverhältnisse aufgrund des KiBiz. Das wäre für Sie auch aus der Tatsache ersichtlich gewesen, dass sich dieser Streik auf das gesamte Bundesgebiet bezieht. Es ist also kein NRW-Spezifikum, sondern es geht um ein Berufsbild insgesamt.

Was den in NRW geltenden Personalstandard nach KiBiz im Bundesvergleich angeht, will ich Sie auf eine jüngste Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung hinweisen, in der uns bezogen auf nahezu alle Gruppenformen dargelegt worden ist, dass wir mit dem Personalstandard in Nordrhein-Westfalen im oberen Viertel der Bundesländer liegen. Also ist auch dort Ihr Alarmgeheul unangebracht.

Ich will eine weitere Bemerkung machen, damit wir wissen, über was wir hier reden. Es ist gesagt worden, das Land möge doch einfach nur die Kindpauschalen erhöhen, dann gebe es sofort eine Möglichkeit, das an die Beschäftigten weiterzugeben. – Das ist ein Irrtum, und zwar aus zwei Gründen:

Zum einen ist es ein Irrtum, weil es hier um die Tarifautonomie geht. Damit ist das Land nicht befasst. Das heißt: Würden wir die Kindpauschalen erhöhen – wir tun das ja; zum 1. August steigen sie wegen der gesetzlich vorgeschriebenen Dynamisierung um 1,5 % –, wäre damit nicht unbedingt verbunden, dass die Träger dieses Geld auch an die Beschäftigten weitergeben.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Aber die Möglichkeit!)

– Ja, Moment! Das betrifft die Tarifautonomie. Damit hat das Land nichts zu tun. Auch der Haushaltsgesetzgeber hat damit nichts zu tun. Das heißt, der Appell an die Landesregierung und an die Koalition ist falsch adressiert.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber der Minister hatte was versprochen!)

Es gibt aber noch einen zweiten Umstand, der wichtig ist: Die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen wird eben nicht nur vom Land geleistet wird. Das ist anders als bei den Schulen. Nur zu einem Drittel ist es das Geld des Landes, ansonsten sitzen Kommunen, Träger und Eltern mit im Boot. Wer hier jetzt also ein bisschen leichtfertig sagt, weil es sich gut anhört und weil wir alle Sympathie dafür haben, man müsste jetzt die Tarifentgelte erhöhen, der muss auch sagen, dass Kommunen, Träger und Eltern gleichermaßen wie das Land mehr Geld in die Hand nehmen müssten.

(Beifall von der FDP)

Ich will das hier nur der Seriosität wegen bemerken, damit nicht zu leicht der Appell an Schwarz-Gelb gerichtet wird.

Jetzt zur Perspektive, weil wir uns im Grunde ja alle einig sind, dass hier etwas getan werden muss. Ich will die Aufmerksamkeit dabei auf die Entwicklungen lenken, die es im Bereich der Pflegeberufe gegeben hat. Wir haben in den vergangenen Jahren Fachdiskussionen über eine Aufwertung des Pflegeberufs geführt und auch über eine akademische Qualifikation für die Leitungsstellen im Pflegebereich. Das hat nach den jüngsten Veröffentlichungen der Spitzenverbände im pflegerischen Bereich dazu geführt, dass die Tarifentwicklung bei den Pflegeberufen positiv ist, dass sich durch die Erhöhung der Fachlichkeit das Einkommensniveau im Pflegebereich insgesamt erhöht hat.

Ich sehe darin eine Perspektive, ein Vorbild auch für das, was wir im Bereich der Kindertageseinrichtungen in die Wege leiten müssen. Mit dem Kinderbildungsgesetz ist das Fachkräfteprinzip gestärkt worden. Das ist ein Baustein. Ein weiterer Baustein ist, dass wir ab dem Jahr 2015, wenn es nach uns geht – die Koalition insgesamt hat sich auf den Begriff „mittelfristig“ verständigt –, die Leitungsqualifikation der Kindertageseinrichtungen an einen pädagogischen Hochschulabschluss oder an eine vergleichbare Qualifikation binden wollen. Das wird Auswirkungen auf die tarifliche Eingruppierung haben, und zwar nicht nur die der Leitung, sondern die aller Kräfte, die in Kindertageseinrichtungen tätig sind.

Das ist ein Weg, der seriös ist, eine Perspektive beschreibt und auch von den anderen, die ihn mitfinanzieren müssen, mitgegangen werden kann, nämlich von den Eltern, den Kommunen und den Trägern. Diesen Weg wollen wir gehen. Sie sind eingeladen, ihn konstruktiv zu begleiten.

Eine allerletzte, allgemeine Bemerkung: Wenn wir miteinander beklagen, dass in Berufen mit geringem Bruttoeinkommen zu wenig an Nettoeinkommen übrig bleibt, dann sind wir auch alle gefordert, etwas für diese Menschen zu tun, damit sich für sie ihr konkreter Beitrag in dieser Gesellschaft auch lohnt.

Wir als FDP haben vorgeschlagen, den Einkommenssteuersatz auf 10 % zu reduzieren. Das wäre ein sinnvollerer Beitrag gewesen als etwa die Abwrackprämie im Konjunkturpaket II. Die Grünen, die sich hier so gerieren, als wollten sie für Bezieher geringer Einkommen Partei ergreifen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir haben ein Progressionsmodell vorgelegt! Das ist seriöser!)

haben in den Jahren ihrer Regierungsverantwortung keine Gelegenheit ausgelassen, die Energiekosten genau für diese Menschen, für diese Familien zu erhöhen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Was ist mit den Rentenbeiträgen?)

Insofern: Wer Verantwortung für Menschen mit geringem Einkommen übernehmen will, wer ihre konkreten Lebensbedingungen verbessern will, der muss sich auch bei anderen politischen Entscheidungen fragen, ob er nicht vielleicht doch in Wahrheit nur Klientelpolitik für Besserverdiener macht, die sich die sprichwörtlichen 5 Mark pro Liter Benzin leisten können. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur einige Sätze zu dieser Debatte sagen und einige Klarstellungen geben, weil es bei diesem Streik in der Tat um einen Tarifkonflikt geht.

Liebe Frau Kollegin Asch, Sie haben hier vorgetragen, ich hätte mich zu diesem Konflikt geäußert. Ich habe mich ganz bewusst zu diesem Konflikt nicht geäußert. Seitdem der Streik läuft, habe ich keine Silbe dazu gesagt. Ich habe immer nur gesagt, wenn Sie mit Beitragsfreiheit kommen – die SPD vielleicht lauter als die Grünen –: Wenn Beitragsfreiheit durch das Land gesichert werden soll, wenn 150 Millionen € pro Jahr mal drei gleich 450 Millionen € bezahlt werden sollen, dann würde ich dieses Geld eher für eine bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher als für Beitragsfreiheit einsetzen. Dieses Mantra trage ich hier in jeder Debatte vor. Auch in der eigenen Partei sagen manche auf Parteitag, es sei jetzt populär, Beitragsfreiheit zu fordern. Ich sage Nein. Könnte ich dieses Geld bekommen, würde ich es für die bessere Bezahlung der Erzieher/-innen einsetzen. Das müssen Sie auseinanderhalten. Wie gesagt: Zu diesem Streik habe ich mich nicht geäußert.

Mich wundert übrigens, dass die Grünen sagen, sie stünden in voller Solidarität zu den Erzieher(inne)n. Das kann nur jemand sagen, der als Grüner vielleicht in Kommunen keine Verantwortung hat; denn es ist ein Tarifstreik der Erzieher/-innen gegen die kommunalen Arbeitgeber. Es gibt ja noch ein paar Städte in Nordrhein-Westfalen, die rot-grün regiert sind. Wenn Sie hier sagen, Sie stünden auf der einen Seite, dann fallen Sie bei dieser Frage allen Kommunen in den Rücken. Die Frage ist, ob es klug ist, sich als Parlamentsfraktion in dieser Weise in einen Tarifkonflikt einzumischen: Das müssen Sie aber mit sich selbst ausmachen.

Nur eines geht natürlich nicht: Sie können nicht einen bundesweiten Streik, bei dem Erzieher/-innen

in Sachsen, Bayern und Baden-Württemberg streiken, darauf zurückführen, dass wir das KiBiz eingeführt haben. Irgendwo ist doch die Schwelle der intellektuellen Redlichkeit erreicht, Frau Kollegin Asch, die auch Sie haben müssten.

(Beifall von der CDU)

Sie können doch nicht zu Streiks, die in Berlin und sonst wo stattfinden, sagen, daran sei nur der Latschet mit seinem blöden KiBiz schuld. Bei aller Wertschätzung auch für meinen Einfluss: So weit geht der nicht, dass dann, wenn in Kindertagesstätten im Schwarzwald oder an der Ostseeküste eine Erzieherin sagt, die Kinder seien so laut und in den Einrichtungen gebe es seit Jahren nur die kleinen Stühle, die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen schuld sei.

Nun zu dem von Ihnen, Frau Asch, so gewichtig vorgetragenen Argument, die Lärmbelastung in den Kindertagesstätten sei so groß: Das ist wahr; aber die Kinder sind doch nicht durch das KiBiz lauter geworden. Die Lärmbelastung war da, wo Kinder betreut werden, immer schon groß.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Aber die kleinen Gruppen sind größer geworden!)

– Nein, es ist keine Gruppe größer geworden, Frau Steffens. Auch bei den Grünen sollte man im Zusammenhang mit Zahlen und Fakten ab und an einmal redlich sein.

Wir sind also nicht einig, wenn es darum geht, wir seien schuld daran, dass im Schwarzwald die Kindertagesstätten schlecht seien. Jetzt nehmen wir die Studie von Herrn Stranz.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Von Herrn Strätz!)

– Frau Asch, das ist die Studie, die Sie immer gerne zitieren. Jetzt zitiere ich sie einmal. Diese Studie hat die Personalkraftstunden pro Einrichtung berechnet. Sie lag im Jahre 2008 vor KiBiz bei 146,7 und liegt nach KiBiz bei 162,9. 162,9 ist mehr als 146,7. KiBiz hat den Personalschlüssel in den Einrichtungen verbessert. Das sagt uns das SPI, das sagt uns Herr Stranz. Und das müssen Sie dann auch zitieren, wenn Sie zitieren.

(Beifall von der CDU)

Dann kommt die Frage der befristeten Verträge. Sie haben darüber gerade etwas abfällig gesagt, dort seien viele Frauen beschäftigt. Viele Frauen haben den Wunsch, Teilzeit zu haben. Es ist ja nicht so, dass sie ...

(Andrea Asch [GRÜNE]: Befristete Verträge sind doch etwas anderes!)

– Liebe Frau Asch, unbefristete Verträge – Studie Stranz, SPI, Asch oder wer auch immer –: 5,7 vor KiBiz, nach KiBiz 5,8. Wir haben heute mehr unbefristet Beschäftigte in den Kindertagesstätten in Nordrhein-Westfalen als vor unserer Gesetzesände-

rung. Auch das gehört zur Redlichkeit, und das könnten Sie den Erzieher(inne)n ruhig einmal erzählen, wenn Sie draußen mit ihnen zusammen demonstrieren.

Nun kommen wir zu der Frage der kleinen altersgemischten Gruppen, Herr Jörg. Ich würde das ja hier nicht immer erwähnen, dass Sie einmal kleine altersgemischte Gruppen hatten, die 11 000 Plätze für unter Dreijährige ermöglicht haben. Das ist doch Ihre miserable Schlussbilanz, gegen die wir im Moment angehen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das war doch ein Korridor, der in ganz Westdeutschland auf diesem Niveau war!)

Wir haben im August 86 000 Kinder unter drei Jahren. Da können Sie doch hier nicht diese Gruppenform hochjubeln; sie hat in der Masse der Kindertagesstätten gar keine Rolle gespielt. Sie haben gesagt, es sei alles schlechter geworden, weil der Schlüssel bei der kleinen altersgemischten Gruppe anders war. Die war aber nur für 11 000 privilegierte Kinder, also einen kleinen Bruchteil; der Rest war in ganz anderen Gruppenformen. Das ist doch gar keine Vergleichsgröße.

(Vereinzelt Beifall von CDU und FDP)

Frau Asch, vielen Dank, dass Sie Ihre Rede schon vorher ausgelegt haben. Das erleichtert mir die Antwort ein bisschen. Sie haben sich ja ziemlich wörtlich an Ihr Manuskript gehalten. Aber das muss man wahrscheinlich bei diesen Reden.

(Heiterkeit von der CDU)

Wir gehen sie einmal gemeinsam durch. Das ist eine Meisterleistung: fünf Unwahrheiten in fünf Zeilen. Frau Asch hat uns eben vorgetragen: Arbeitsverhältnisse für Erzieher/-innen haben sich deutlich verschlechtert. Die meisten müssen mehr arbeiten; denn der Arbeitsplatz ist unsicherer geworden. – Das ist falsch, die Realität ist eine andere. In jedem Jugendamt in Nordrhein-Westfalen werden Erzieher/-innen eingestellt: bis zum Jahr 2010 7 500 mehr.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist auch logisch, Frau Asch. Wenn es 2007 819 Millionen € waren und wir jetzt bei 1,15 Milliarden € sind, dann geht das nur mit Personal. Es werden neue Erzieher/-innen eingestellt, weil wir durch den U3-Ausbau einen so großen Bedarf haben.

Also: Der Satz 1 von Frau Asch, der Arbeitsplatz sei unsicherer geworden, ist falsch. Wir suchen händeringend Erzieher/-innen. Das sagt sogar die GEW, das sagen die Gewerkschaften. Das sagen sogar die Streikenden: Wenn ihr so weiter macht und uns nicht besser bezahlt, habt ihr bald keine Erzieher/-innen mehr. Das ist das Gegenteil der These, der Arbeitsplatz sei unsicherer geworden.

Zweiter Satz: Die pädagogische Qualität geht den Bach runter. – Diejenigen, die argumentieren, dass sie mehr Geld wollen, sagen: Von uns wird pädagogisch immer mehr erwartet. Wir müssen immer mehr leisten. Wir müssen Sprachförderung betreiben. Wir müssen unter Dreijährige betreuen. Wir sollen frühkindliche Bildung machen. – Die pädagogische Qualität steigt also – wir diskutieren darüber gerade im Bereich der Kinderpfleger(inne)n –, und Sie sagen, sie geht den Bach runter. Sie widersprechen all dem. Wenn die den Bach runtergeht, müssten Sie die Leute schlechter bezahlen. Nein, die Leute werden besser und müssen deshalb besser bezahlt werden.

Dritter Satz: Für Sprachförderung ist weniger Geld da.

(Christian Lindner [FDP]: Falsch!)

Das steht hier. Haben Sie nicht zugehört? Das hat sie eben vorgetragen. Regelaufgabe der Kindertagesstätte ist Sprachförderung. 2005, als Sie noch regiert haben, gab es 7 Millionen €. Jetzt gibt es 28 Millionen €. Das ist das Vierfache an Geld. Der Satz „Für Sprachförderung ist weniger Geld da“ ist schlicht falsch, oder Sie unterstellen den Einrichtungen, dass sie mit den 21 Millionen € mehr Schindluder treiben. Wenn die die 21 Millionen € richtig einsetzen, bedeutet das die vierfache Summe an Geld für die Sprachförderung.

Viertens – das ist besonders lustig –: Die Zusammenarbeit mit den Eltern wird schlechter. – Sie erinnern sich, dass wir Familienzentren eingeführt haben. Das ist ein Erfolgskonzept in jedem Jugendamtsbezirk. 2005 gab es überhaupt keine Familienzentren.

(Beifall von der CDU)

Dass Zusammenarbeit mit Eltern so praktiziert wird, dass Eltern beraten werden, dass Elternbildung verknüpft wird, dass dafür 12.000 € pro Familienzentrum zusätzlich bezahlt werden, das alles gab es gar nicht.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Und Sie sagen: Die Zusammenarbeit mit den Eltern wird schlechter.

Jetzt komme ich zu einem Punkt, der, wie sie ihn hier vortragen, eine ziemlich heftige Kritik an den sechs Wohlfahrtsverbänden, an den beiden Kirchen und an den drei kommunalen Spitzenverbänden ist. Sie sagen: Die Pauschalen reichen nicht aus. – Diese Pauschalen sind uns vorgegeben worden. Man kann darüber streiten, ob der Ansatz des KiBiz richtig oder falsch ist. Aber die Kindpauschalen sind der einzige Punkt, dem sechs Wohlfahrtsverbände, zwei Kirchen und drei kommunale Spitzenverbände zugestimmt haben.

(Beifall von der CDU)

Die haben gesagt: Wir brauchen, um den Standard zu halten, soundso viele Fachkräfte. Soundso viele Fachkräfte kosten uns soundso viel Geld. – Und exakt dieses Geld ist im Gesetz verankert.

Insofern ist auch der fünfte Satz falsch. So kann man solche Debatten nicht führen.

Ich sage auch heute noch einmal: Ich möchte in diesen Tarifkonflikt nicht eingreifen. Ich bleibe bei meiner These, dass wir mittelfristig die schwere Arbeit der Erzieher/-innen besser bezahlen müssen. Das ist unsere Priorität – vor der Beitragsfreiheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Laschet. – Für die SPD spricht nun die Kollegin Hack.

Ingrid Hack (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Herr Jarzombek, ich bin wirklich sehr dankbar – er ist schon weg; das ist schade –, dass er uns erläutert hat, warum er zu diesem Punkt spricht. Denn ich kann mich erinnern: Nach der Kinderbildungsgesetz-Einführungsrede ward er hier nicht mehr gesehen, weil er da mit seiner Einschätzung ein bisschen daneben lag. Aber er hat es jetzt selber erklärt. Ich finde es bedauerlich, dass sich der Arbeitskreis so entscheidet. Aber wir werden ja noch Frau Kastner dazu hören.

Herr Lindner, Sie haben das Thema in Ihrem sachlich und fachlich wunderbaren Beitrag gut erläutert. Dafür vielen Dank!

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Ich kritisiere allerdings: Warum sind die personellen Einschnitte von 1998/99, wenn Sie die so fürchterlich fanden, bis heute nicht zurückgenommen worden?

(Christian Lindner [FDP]: Sind sie!)

Die Gelegenheit hätten Sie ja seit 2005 gehabt.

So viel wollte ich zu meinen Vorrednern sagen.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

Ingrid Hack (SPD): Ich lasse keine Zwischenfrage zu. Wir können uns sicherlich irgendwann einmal darüber unterhalten.

Ich möchte vorwegschicken – das ist bereits erwähnt worden –, dass wir uns über die angemessene Höhe der Kindpauschalen in diesem Hause nicht zum ersten Mal unterhalten. Unsere Meinungen dazu gehen garantiert auseinander. Herr Minister,

Sie haben das gerade angesprochen. Auch darüber gab es ja durchaus unterschiedliche Debatten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der in der Zielsetzung von uns unterstützte Antrag der Grünen-Fraktion hält eine Orientierung der Pauschalen bzw. ihre Steigerung an Tarifabschlüssen für erforderlich. Nur der Klarheit halber: Die Kindpauschalen und auch ihre Anhebungen müssen sich an dem orientieren, was frühe Bildung erfordert. Dabei sind gut bezahlte Fachkräfte ein ganz wichtiger Aspekt. Auch diese Feststellung und Forderung hören wir in der gesamten Debatte nicht zum ersten Mal.

Ebenfalls nicht neu ist grundsätzlich die Forderung nach besserer Bezahlung dieser Fachkräfte. Die vielfältigen Argumente sind ja mehrfach genannt worden: die Anpassung an die zweifellos gestiegenen Anforderungen im Erzieher(innen)beruf, die Würdigung dieser Arbeit in einem eigenständigen Bildungsbereich, nämlich der frühen Bildung, und damit bei gleichzeitiger schrittweiser Verbesserung der Ausbildung und auch der Aufstiegsmöglichkeiten eine Angleichung an pädagogische Kräfte und ihre Entlohnung im Schulbereich.

Schließlich wird – auch das wurde erwähnt – die bessere Bezahlung der im Erzieher(innen)beruf Tätigen oft als Anreiz und geradezu als Rettungsanker betrachtet, um endlich mehr Männer für diesen ja finanziell völlig unterbelichteten Bereich zu gewinnen. Dazu kann ich nur sagen: Geschenk! Dieses scheinbare Argument berücksichtigt die Erfordernisse der frühen Bildung ebenso wenig, wie es die Lage der jetzt tätigen Frauen verbessert. Dann stellen wir, um das Problem zu lösen, vielleicht demnächst einen Antrag auf schlechtere Bezahlung beispielsweise von Chefärzten, damit endlich mehr Frauen in diesen Beruf kommen. Das wäre ja vielleicht eine Idee.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Enquetekommission „Chancen für Kinder – Rahmenbedingungen und Steuerungsmöglichkeiten für ein optimales Betreuungs- und Bildungsangebot in Nordrhein-Westfalen“ zahlreiche Empfehlungen zum Personal in den Kindertageseinrichtungen und zu seiner Bezahlung gegeben. Diese Kommission hat sich, wie wir alle wissen, sehr ausführlich mit dem Bereich der frühen Bildung auseinandergesetzt. Das wurde seinerzeit auch von Minister Laschet ausdrücklich gewürdigt.

Natürlich fällt es Ihnen, Herr Minister, nicht schwer – das haben wir vorhin deutlich hören können –, zu fordern, die Leistung der Erzieher/-innen müsse besser gewürdigt werden. Das hört sich einfach gut an. Bezahlen müssen es aber andere. Sie stellten hier bereits mehrfach diese Forderung auf – auch in Ihrer Rede vorhin –, mehr noch, Sie stellten sie der Forderung nach Beitragsfreiheit für den Kita-Besuch entgegen und machten uns genau wie vorhin wie-

der klar, dass man eben nicht alles gleichzeitig machen könne und man sich entscheiden müsse.

Sie haben sich aber offenkundig entschieden, in keinem Bereich etwas zu verbessern, auch nicht auf dem Weg zur Beitragsfreiheit. Mit den ungedeckelten Elternbeiträgen im Lande, die zum Teil um Hunderte Euro differieren, haben Sie die allermeisten Kommunen – Ausnahmen bestätigen die Regel –, die das jetzt ja tragen müssen, weit von diesem Weg abgebracht.

Sie haben sich offenkundig auch entschieden, auf dem Weg zur besseren Bezahlung der Fachkräfte nichts zu unternehmen bzw. unternehmen zu lassen – Sie haben vorhin ausgeführt, da würden wir uns nicht einig –, weil aus unserer Sicht auch die Kindpauschalen nicht ausreichen.

Unser umfassender Änderungsantrag, den wir zum ersten Nachtragshaushalt 2009 eingebracht haben und der unter anderem eine deutliche Erhöhung der Kindpauschalen zur Verbesserung der Gehälter der Fachkräfte forderte, wurde von Ihnen, den Regierungsfractionen, seinerzeit natürlich abgelehnt.

Lassen Sie mich nur eines anmerken, meine liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir sprechen glücklicherweise seit einiger Zeit von einer neuen Qualität, von einer neuen Aufmerksamkeit, die der frühen Bildung zuteil wird. Das ist – es wurde hier aus bekannten Gründen gottlob schon häufig thematisiert – richtig und wichtig. Aus bekannten Gründen – ich wollte versuchen, das Herrn Jarzombek auch noch zu vermitteln – war das jahrzehntelang leider anders. Das lag aber bitte schön nicht ausschließlich daran, wie es im nordrhein-westfälischen Landtag mit den Regierungsfarben aussah. Es lag auch daran, welches Familienbild, welches Rollenbild und welches Beschäftigungsbild von Müttern und Vätern in dieser Gesellschaft jahrzehntelang verankert war.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Machen Sie es sich da bitte nicht so einfach! Ich sehe, dass es da in der CDU auch Bewegung gibt. Das erfreut mich auch. Aber es sich so einfach zu machen, ist nicht in Ordnung. Das hat die CDU-Fraktion auch nicht nötig. Wenn es so wäre, wäre es schlimm genug.

Ich denke – das als letzter Satz –, gute Arbeit braucht gute Bedingungen. Dazu gehört Entlohnung, die Erzieher/-innen in einer anderen, einer besseren Form verdient haben. Wir werden diesem Antrag zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Hack. – Für die CDU-Fraktion spricht nun die Kollegin Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich den Antrag gelesen und auch, als ich die Debatte hier verfolgt habe, haben sich für mich Aspekte ergeben, die eigentlich nichts mit dem zu tun haben, was auf der Straße passiert. Das möchte ich einfach einmal sagen.

Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie benutzen die Demonstrationen auf der Straße, um hier im Landtag die alte Leier, die alte Platte wieder aufzulegen. Dazu muss man schlicht und ergreifend sagen: Das lohnt in der Tat nicht.

Sie können – das ist hier schon mehrfach gesagt worden – das KiBiz nicht für die Demonstrationen in ganz Deutschland verantwortlich machen. Viel eher müssen wir feststellen: Die Gewerkschaften haben bei der letzten Runde die Erzieher/-innen schlicht und ergreifend vergessen. Das hat man ihnen deutlich ins Stammbuch geschrieben. Nun wird die Diskussion, die wir bundesweit über die Bedeutung der frühkindlichen Bildung führen, aufgegriffen und in die Diskussion über die finanziellen Forderungen der Erzieher/-innen einbezogen.

Ich sage ganz deutlich: Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn Erzieher/-innen besser bezahlt werden. Ich verweise auf die Ausführungen unseres Ministers. Eines muss man aber auch feststellen: So einfach, wie Sie es sich in dem Antrag machen, ist die Sache nicht. Wir haben im Gesetz Kindpauschalen vereinbart, und zwar unter Mitwirkung aller, die am Gesetz beteiligt sind. Nordrhein-Westfalen ist im Vergleich zu allen anderen Bundesländern das Land, das mit 35 % eines Tagesbetreuungsplatzes für alle Kinder – nicht nur für die Drei- bis Sechsjährigen, sondern für alle von null bis sechs Jahren – die meisten Beiträge leistet. Es hat eine Pauschale aufgestellt hat, die nicht nur die Personalkosten beinhaltet, sondern auch die Sachkosten.

Wenn Sie diesen Antrag, den Sie gleich zur Abstimmung stellen – daran merkt man, dass das ein einfacher Schauantrag ist –, ernst nehmen würden, dann müssten Sie sagen, dass das stundenlange, tagelange, wochenlange Verhandlungen voraussetzen würde. Wenn Sie erreichen wollen, dass durch eine Änderung der Pauschale das Geld wirklich bei den Erzieher(inne)n ankommt, dann bedarf das der Verhandlungen mit allen, die Kindergärten betreiben und Tagesbetreuungsplätze vorhalten. Ich verweise hier auch auf die Äußerungen meines Kollegen Lindner, der vorhin sehr deutlich gesagt hat, dass das keine Einbahnstraße ist.

Sie haben uns vorgeworfen, wir würden die Arbeit der Erzieher/-innen zwar würdigen, aber bezahlen ließen wir andere. Meine Damen und Herren von der Opposition, nur wer so geschichtslos ist wie Sie, der kann so etwas behaupten, alle anderen dagegen nicht.

(Beifall von der CDU)

Wir haben mit dem, was wir in diesen Jahren bei der Anzahl der Betreuungsplätze geleistet haben, eine ganze Menge getan für die Sicherheit der Arbeitsplätze, für mehr Arbeitsplätze in diesem Bereich. Ich glaube, dass das eine erfolgreiche Situation ist und wir uns dafür auf die Schulter klopfen können.

Ich bitte Sie: Stellen Sie nicht mehr solche populistischen Anträge, um zu demonstrieren, dass Sie für etwas sind, was Sie selbst jahrelang versäumt haben. Damit helfen Sie den Erzieher(inne)n letztendlich überhaupt nicht. Es geht darum, den Weg weiterzugehen und eine Gratwanderung zwischen dem, was an berechtigten Forderungen da ist, und was an weiteren Plätzen ausgebaut werden muss, vorzunehmen, wofür unsere kommunalen Partner in diesem Bereich und die anderen Träger zuständig sind. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Kastner. – Es hat sich noch Frau Asch gemeldet.

Andrea Asch (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Laschet, dass Sie sich hier eben in dieser unglaublichen Art und Weise echauffiert haben – man musste sich fast Sorgen um Sie machen, dass Sie hinter dem Redepult kollabieren –, zeigt nur, dass unsere Kritik offenbar ins Schwarze getroffen hat. Sonst müssten Sie sich nicht so aufregen.

(Lachen von der CDU)

Sie blasen mit dem KiBiz einen großen Luftballon auf, malen wunderbare Potemkinsche Dörfer. Doch dieser Luftballon ist in der Konfrontation mit der Realität geplatzt. Und das tut Ihnen weh. Jetzt werden Sie nervös, weil Sie zwar hier im Raum eine Scheinrealität aufbauen können,

(Unruhe)

aber draußen in den Einrichtungen, bei den Eltern und bei den Erzieher(inne)n findet die wahre Realität statt. Sie können sich jetzt über mich aufregen, Sie können Ihrem Minister immer weiter applaudieren.

Aber eines ist doch klar – das wissen Sie alle – und deswegen sind Sie nervös:

(Lachen von CDU und FDP)

Dieses Thema KiBiz wird Ihnen im Kommunalwahlkampf auf die Füße fallen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und dann nützen Ihnen auch alle Luftblasen und alle Potemkinschen Dörfer, die Sie jetzt produzieren, überhaupt nichts mehr. Dann werden Sie von den Wählerinnen und Wählern, von den Erzieherin-

nen, von den Eltern und den Großeltern die Rechnung für diese verfehlte Politik bekommen.

Herr Minister, natürlich habe ich Sie nicht für die Bedingungen in Brandenburg und irgendwo in Süddeutschland verantwortlich gemacht. Das ist doch geradezu albern und hilflos, wie Sie argumentieren. Das sind wirklich hilflose Versuche, die berechtigte Kritik zu übergehen, die nicht nur wir vortragen, sondern die Sie überall hören können – das wird ganz deutlich, meine Damen und Herren –, wenn Sie in die Einrichtungen gehen, wenn Sie sich mit den Eltern unterhalten, wenn Sie hören, was die Erzieherinnen in Nordrhein-Westfalen bei den Demonstrationen sehr deutlich fordern. Sie sagen: Die Belastungen für uns haben sich mit dem KiBiz potenziert. – Das ist die Realität in den Kindertagesstätten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Davor können Sie nicht die Augen verschließen. Dieser Realität müssen Sie sich stellen. Deswegen kann ich nur sagen: Ändern Sie das KiBiz, so schnell es geht, dann haben wir die nötigen Voraussetzungen für die notwendige Lohnsteigerung, die Sie selbst fordern, und dann haben wir die notwendigen Voraussetzungen für eine wirklich qualifizierte Förderung unserer Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Sie haben gar nicht zugehört!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Asch. – Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Beratung.

Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages Drucksache 14/9262** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich der Stimme? – Herr Sagel. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

5 Landesregierung muss sich Konsequenzen ihres Abfallwirtschaftsplans stellen

Eilantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/9295

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9312

Ich erteile für die Fraktion der SPD Herrn Gatter das Wort. Bitte schön, Herr Gatter.

Stephan Gatter^{*)} (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer am Sonntagabend Fernsehen geschaut hat – das empfehle ich ab und zu; „Westpol“ ist immer sehr spannend –, der hat die Aussagen des Staatssekretärs des MUNLV zum Abfallwirtschaftsplan gehört.

(Minister Karl-Josef Laumann: Der ist desinformiert worden!)

Und er hat auch mitbekommen, in welche Richtung der Hase dieses Ministeriums in dieser Frage gescheucht werden soll.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Unter der abenteuerlichen Behauptung, mehr Wettbewerb erhalte die hohen Umweltstandards bei der Müllentsorgung und führte zu Preisstabilität für die Bürger, wird es zu einem extremen Zweiklassensystem für Gebührenzahler in Nordrhein-Westfalen kommen.

(Zustimmung von der SPD)

Es wird unter den Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen eine kleine Anzahl von Gewinnern geben, und es wird eine große Anzahl von Verlierern geben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der Zuschauer von „Westpol“ hat noch eine Erkenntnis gewonnen, nämlich die, wo sich das – rollende – Zwischenlager seines Hausmülls in Zukunft befinden wird: ganz eindeutig auf den Landstraßen, den Bundesstraßen und den Autobahnen von Nordrhein-Westfalen. So habe ich mir Zwischenlager nicht vorgestellt und so habe ich mir Kreislaufwirtschaft eigentlich auch nicht vorgestellt.

(Zustimmung von Svenja Schulze [SPD])

Wenn der Abfallwirtschaftsplan, Teilplan Siedlungsabfall, Realität wird, wird eine Situation geschaffen, die eine nicht nachvollziehbare Ungerechtigkeit manifestiert.

Viele Gebietskörperschaften haben sich für eine sichere, technisch moderne und ökologisch sinnvolle Müllentsorgung auf ihrem Gebiet beziehungsweise in ihrer Nähe entschieden. Hausmüll soll sicher da entsorgt werden, wo er entsteht, und nicht durch die Landschaft transportiert werden. Dafür haben die Bürger durch die Entrichtung von Gebühren tief in die Tasche gegriffen, teilweise sehr tief, aber es war ökonomisch sinnvoll und ökologisch völlig richtig. Andere Gebietskörperschaften haben sich vermeintlich clever einen abfallpolitisch schlanken Fuß gemacht, nichts investiert, oder sie haben sich nicht an modernen Entsorgungsanlagen beteiligt. Im Gegenteil, sie haben bewusst abgewartet und ihren Müll weiterhin im Boden verbuddelt. Sie dachten,